



hat nun, um die Schaffung einer besonderen Städteordnung und Provinzialordnung zu motiviren, in ganz freier Weise eine ganze Reihe ländlicher Bezirke um Berlin herum zugezogen, aus dem Gesetz entwurfe selbst kann man sich aber absolut kein klares Bild von der Begrenzung machen, und als Kuriosum kann ich anführen, daß man eine Bleich-überliche Villa ausdrücklich mit aufgenommen hat. Einen weiteren Tadel muß ich gegen den Titel 2 aussprechen, durch welchen über einen Dotationsfonds disponirt wird, der bereits dem brandenburgischen Provinzial-Landtag zuertheilt ist, und ohne mit diesem hierüber in Verhandlung zu treten. Was die Bildung der Provinzialvertretung für Berlin betrifft, so ist im Titel 4 ein sehr künstliches Rechenexempel aufgestellt, wie die einzelnen Abgeordneten zum Provinziallandtage sich zwischen der Stadt Berlin, dem Landkreise Berlin und der Stadt Charlottenburg vertheilen sollen. Meiner Berechnung nach wird Berlin 80 Vertreter, die übrigen 24 Vertreter zum Provinziallandtage schicken. Nun begreife ich gar nicht, wie man es sich ausführbar denkt, daß eine Stadtvorortenversammlung für Berlin, und abgesondert davon eine berliner Provinzialvertretung im berliner Provinziallandtage existiren soll. Das in dieser der Oberbürgermeister von Berlin als Landesdirektor fungiren soll, ist in hohem Grade bedenklich. Wie kann man denn den üb. ioen ca. 25 Mitgliedern des Provinziallandtages, welche der Stadt Berlin nicht angehören, Jemanden als Vorsitzenden aufstotzieren, an dessen Wahl zum Oberbürgermeister sie nicht im Entferntesten Antheil haben. Sodann halte ich es für keine glückliche Wahl, daß der Oberpräsident von Brandenburg gleichzeitig der Oberpräsident der Provinz Berlin sein soll. Er wird als Oberpräsident von Brandenburg notwendig so sehr mit Geschäften überhäuft sein, daß er entweder die Pflichten des Oberpräsidenten von Berlin oder die des Oberpräsidenten von Brandenburg vernachlässigen muß, abgesehen davon, daß bekanntlich sein Wohnsitz in Potsdam ist. Ich begreife nicht, wie ein einzelner Mensch diese Last zu tragen im Stande sein soll. Ich kann zum Schluß nur wiederholen, was ich bereits öfter ausgeführt habe: wir werden niemals eine zufriedenstellende Organisation der kommunalen Verhältnisse von Berlin und der provinziellen Verhältnisse und Verechtigungen von Berlin erreichen, wenn wir nicht beide Gegenstände zusammenfassen und in einem abgeonderten Gesetze zur Erledigung bringen.

Abgeordneter v. Bend a: Der Vorredner hat den Beweis gefürt, daß man im teiltower Kreise sehr nahe bei einander wohnen und sehr befreundet sein und doch über diese Vorlage eine ganz entgegengesetzte Meinung haben kann. Ich erkenne an, daß die heutige Vorlage gegen die vorjährige in den wesentlichsten Punkten verbessert und vervollständigt ist. Die Klage darüber, daß das Gesetz im vorjährigen Jahre nicht zu Stande gekommen ist, halte ich für nicht gerechtfertigt. Das Gesetz ist heute viel reifer und diese Erwägung legt mir den Gedanken nahe, daß es vielleicht gar nicht so übel wäre, wenn wir es noch ein weiteres Jahr reifen ließen. (Widerspruch links.) Ich bin indeß weit entfernt davon, ein solches Resultat anzustreben. Von allen Seiten wird wohl anerkannt werden, daß die für dieses Gesetz vorgeschlagene Kommission gar nicht daran denken kann, den Entwurf selbstständig und unabhängig von der Kompetenzgesetz-Kommission auszuarbeiten. Dieser Entwurf hängt ja in den wesentlichsten Bestimmungen mit dem Kompetenzgesetz zusammen und ich kann mich daher dem Vorschlage der Ueberweisung an eine besondere Kommission nur unter dem Vorbehale anschließen, daß die Kommission ihre Arbeit nach den Beschlüssen der Kompetenzgesetz-Kommission revizeire.

Abg. Runge: Gegen den Gesetzentwurf hat prinzipiell bisher noch Niemand gesprochen; die Wünsche, die bisher laut geworden sind, haben schon der vorjährigen Kommission vorgelegen und werden jedenfalls auch vor der heute vorgeschlagenen bestäflichtigt werden. Darüber sind sich wohl alle im Hause klar, daß dieses Gesetz nicht anders erledigt werden kann, als in vollständiger Übereinstimmung mit dem Kompetenzgesetz, und es ist ja auch schon beschlossen, an diese diejenigen Theile des Gesetzes zu verweisen, welche sich auf die Kompetenz beziehen. Ich persönlich habe die Überzeugung, daß, wenn die Provinz Berlin im Wesentlichen nach Maßgabe dieses Gesetzes gebildet wird, die Zahl der Städte, die sich neben und um Berlin bilden werden, in kurzer Zeit eine sehr große wird und daß die Städte auch in verhältnismäßig kurzer Zeit einen großen Umfang erreichen werden. Ich bitte Sie, dem Vorlage, eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu bilden, beizutreten.

Der Entwurf wird hierauf einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen, mit Ausnahme jedoch derjenigen Bestimmungen, die sich auf das Verwaltungsstreitverfahren beziehen und die nach einem früheren Beschluss: der Kompetenzgesetz-Kommission überwiesen waren.

Ohne Debatte wird endlich der Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 1¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Einverleibung Lauenburgs; Antrag Kopp betreffend Kündigung des Vertrages mit Waldeck; Petitionen und Berichte der Budgetkommission.)

## Parlamentarische Nachrichten.

DN Berlin, 22 März. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat jetzt ihren ersten Bericht vorgelegt, welcher sich nur mit Petitionen betreffend die religiöse Berufungs- und Belehrungsformel beschäftigt. Der Hauptanstoß zu diesen Petitionen hatte die bekannte Hoffrichter'sche Angelegenheit in Breslau gegeben. Die meisten der eingegangenen Gesuche um Aufhebung aller religiösen Eidesformeln sind daher auch aus Schlesien gestellt, der größten Anzahl nach von Gemeinden, welche folgende Bezeichnung führen: freireligiöse, freie, christkatholische (freireligiöse), freie christliche, christkatholische und freie deutschkatholische (freireligiöse), deutschkatholische, freie evangelische Gemeinde und freie Religionsgesellschaft. Die Kommission vergegenwärtigte sich zunächst die jetzige Lage der Gesetzgebung bezüglich der Eidesformel. Bei der Eingangs- oder Berufungsformel kommen zur Zeit folgende Varianten vor: a. Ich schwör bei Gott dem Allmächtigen und Allwissensten (auch mit dem Zusätze "einen leiblichen Eid.") b. Ich schwör einen (feierlichen) Eid zu Gott. — c. Ich schwöre. — d. Sie (die Geschworenen des rheinischen Reichsgebiets) schwören und geloben vor Gott und den Menschen. e. Für nicht unirte Griechen: Ich schwöre bei dem allmächtigen Gott und vor seinem heiligen Evangelio. f. Für Muhammedaner: Ich schwöre bei dem einzigen Gott und bei dem was in der Religion das Allheiligste ist. Für die Schluß- und Belehrungsformel kommen folgende Fassungen vor: a. So wahr mir Gott helfe durch Jesum

gende Wässungen v. a. b. So wahr mir Gott helfe durch Jesum Christum zur Seligkeit. b. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. c. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort. d. So wahr mir Gott befe (mit der Befugniß für den Schwörenden, die seinem Belenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen) e. So wahr mir Gott helfe (ohne die vorgedachte Befugniß). f. Für nicht unirte Griechen: Zu dessen Belehrung rufe ich das Wort und das Kreuz meines Erlösers. Die sowohl der Berufung als der Belehrung entbehrende Formel des französischen Rechts: „Ich schwör es“ ist im rheinischen Rechtsgebiete nur für die Zeugnisse auch in der Voruntersuchung beibehalten. Die nächst einfache Formel des Eides: „Ich schwör — so wahr mir Gott helfe“ gilt zur Zeit im Gebiet des vormaligen Kurfürstenthums Hessen, im Gebiet des vormaligen Herzogthums Nassau und in Frankfurt a. M. Von der Verpflichtung, den Eid in diesen Formeln zu schwören, gestalten die Gesetz Ausnahmen. Den Menschen offen ist in allen Provinzen des Staats gestaltet, an Stelle des Eides sich der nach ihrem Belenntnisse nur zulässigen Bekräftigung durch ein „Ja“ bei Erteilung des Handschlages zu bedienen. Den Philippo en gestaltet eine Kabinetsordre vom 19. November 1836 an Stelle des Eides vor dem Richter und Religionsbeamten die Richtigkeit der abgegebenen Erklärung mit den feierlich auszusprechenden Worten: „Ja Ich“ zu bekräftigen. In der Provinz Hannover haben die Herrnhuter das gleiche Privilegium, wie die Mennoniten. Im vormaligen Herzogthum Nassau

gilt der Satz, daß die Ausschöpfung der gerichtlichen Eide wegfällt bei Personen solcher Sekten, nach deren Religionsbegriffen eine einfache Angelobung die Kraft des Eides hat, den zu leisten sie nicht für erlaubt halten. Für Hohenzollern-Sigmaringen ist durch Gesetz vom 20. September 1849 allgemein für solche Bekennner des christlichen Glaubens, welche den Eid als unerlaubt betrachten, die Formel eingeführt: „Ich versichere durch feierliches Handgelübde an Eidesstatt — Auf Ehre und Gewissen.“ Die Reichsgezegtbuchung ist zur Zeit damit beschäftigt, die Formel der gerichtlichen Eide (für Barteien, Zeugen, Sachverständige und Geschworene) generell zu regeln. Die Vorschläge der Entwürfe gehen dahin, den Eid mit den Worten „Ich schwör“ (resp. „Sie schwören und gelobt n“) bei Gott dem Allmächtigen und Allmässenden beginnen und mit den Worten „So wahr mir Gott helfe schließen zu lassen, im Übrigen aber es der Eidesleistung gleich zu achtzen, wenn ein Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Belheuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, eine Erklärung unter der Belheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abzielt. Bekanntlich hat die Kommission beantragt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Partitionen der königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, darauf hinzuwirken, daß die Reichsgezegtbuchung und demnächst, soweit nötig, die preußische Gesetzgebung nicht nur für die gerichtlichen sondern auch für sonstige Eide die vereinfachte Formel: „Ich schwör, daß — So wahr mir Gott helfe“ eingeführt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

DRC. Berlin, 23. März. Dem Bundesrath ist eine Vorlage zugegangen, nach welcher die noch in Cours befindlichen  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{2}$ -Thalerstücke (Groschen und Schäpfennigstück) außer Cours gesetzt und bis zum 1. Juli d. J. zur Einziehung geangen sollen. — Ferner hat der Reichskanzler dem Bundesrathe einen Gesetzentwurf betreffend die Anstellung von Militär anwärtern im Privateisenbahndienste vorgelegt. Derselbe bestimmt Folgendes: § 1 segt fest, dass die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Privateisenbahnen nach denselben Grundsätzen, welche vom Bundesrath für die Besetzung dergleichen Stellen im Reichs- und Staats-Eisenbahndienst festgestellt werden, vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen sind. Nach § 2 dürfen die den Militär-Anwärtern vorbehaltenen Stellen mit anderen Personen nicht besetzt werden, sofern für dieselben qualifizierte Militäranwärter vorhanden sind, welche das 35 Lebensjahr noch nicht überschritten haben und körperlich und geistig rüstig sind. Ausnahmen kann die Verwaltung einer Privateisenbahn zu Gunsten solcher Personen eintreten lassen, welche sich bei Erlass dieses Gesetzes bereits in ihrem Dienste befinden. Der Nachweis der Qualifikation für die einzelnen Stellen ist nach § 3 von den Militär-anwärtern nach Maßgabe der Anordnungen der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden zu führen. Diese Anordnungen dürfen an die Militäranwärter keine höheren Ansforderungen stellen, als an andere Bewerber. Scheiden Militäranwärter aus Stellen bei Privat-Eisenbahnen in Folge dauernder Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Amtspflichten aus, so finden in Bezug auf ihre Versorgungsansprüche die Bestimmungen der bei der betreffenden Privateisenbahn gültigen Pensions- und Unterstützungs-Kassen, Reglements Anwendung. Letztere dürfen nach § 4 Vorbehalte zu Ungunsten der Militäranwärte nicht enthalten oder gestatten. Kommt bei Feststellung der Versorgungsansprüche die zurückgelegte Militärdienstzeit nicht in Unrechnung, so ist den Inhabern des Bivilversorgungsscheins, welche nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes bei einer Privateisenbahn angestellt worden sind, gegen Zurückgabe dieses Scheines die Pension der 5. Klasse, der zuletzt im Militärdienst bekleideten Charge aus Reichsfonds zu gewähren, sofern sie nicht bereits zum Bezug derselben oder der Pension einer höheren Klasse berechtigt sind.

— In der „Evang. Kirchenzeitung“ war bekanntlich im Februar der Text einer Immediateingabe einer Anzahl von Mitgliedern der Generalsynode veröffentlicht worden, welche sich gegen das Trauungsformular vom 24. September 1874 und die auf die Wiedertrauung geschiedener Personen Anwendung findenden Bestimmungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 richtete. Das Ministerium und der Evangelische Oberkirchenrath haben in dieser Angelegenheit an den Kaiser Bericht erstattet, auf welchen unter dem 15. März die Königliche Entscheidung ergangen ist. Die „Post“ berichtet darüber wie folgt:

„...Mein Gott hat sich damit einverstanden erklärt, dass eine Ab-

Se Majestät hat sich damit einverstanden erklärt, daß eine Abänderung sowohl des mit königlicher Ermächtigung von dem evangelisch-lutherischen Oberkirchenrat unter dem 24 September v. J. eingeführten provisorischen Traformulars, als auch der auf die Wiedertrauung gescheidener Personen Anwendung findenden Bestimmungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 lediglich im Wege der kirchlichen Gesetzgebung stattzufinden hat, wie denn auch der königliche Kommissarius vor den versammelten Synoden das dringende Verlangen fand gegeben hat, die Trauungs-, respektive Wiedertrauungsfrage mit der ersten ordentlichen General-Synode definitiv zu regeln. Der Allerhöchste Bescheid spricht, dem Vernehmen nach, weiterhin das Befremden aus, daß diese Immediateingabe unter Beifügung der Unterschriften durch die Beisetzungen veröffentlicht worden ist, obwohl unter den Bützstellern viele zum Theil hochgestellte Beamte des Kirchenregiments sich befinden. Die Publikation einer Remonstration gegen Anordnungen der obersten Kirchenbehörde von Beamten, denen pflichtmäßig die Aufsicht über die Befolgung derselben obliegt, sei ein Alt, welcher die auch im Kirchenregimente unverläßliche Disziplin gefährde und deshalb nicht gestaltet werden könne. Der Allerhöchste Bescheid ist, wie man hört, den Unterzeichnern der Immediateingabe im regelmäßigen Wege mitgetheilt worden.

— Der französische Botschafter, Vicomte de Gontaut-Biron, hat, wie der „Köln. Blz.“ von hier telegraphirt wird, seine älteste Tochter mit dem Grafen Archimbold v. Talleyrand-Périgord, Premier-Lieutenant im 2. preußischen Garde-Ulanen-Regiment, Sohn des Marquis Talleyrand, Herzogs von Dino, Besitzers der Herrschaft Deutsch-Wartenberg in der Provinz Schlesien (Wohnsitz: Schloss Günthersdorf) verlobt. Der Vater des Bräutigams ist der zweite Sohn der im Jahre 1862 gestorbenen Herzogin von Sagan.

— Der Kultusminister Dr. F. Falz hat an den Vorstand des Berliner Hausfrauen Vereins folgendes Anschreiben gerichtet: „Von dem Lehrplane einer wissenschaftlichen Fortbildungsschule für unbemittelte Mädchen habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich bedauere indeß, nicht in der Lage zu sein, für die dieselbe aus den mir zu Gebote stehenden Fonds eine Beihilfe gewähren zu können. Denn eine nach jenem Plane einzurichtende Schule würde einen rein technischen Charakter an sich tragen und demnach in das Besitztum des Königlichen Ministeriums für Handel gehören. Die mir zur Verfügung stehenden Fonds sind nur für solche Schulen der fraglichen Kategorie anwendbar, welche eine Einrichtung erhalten, entsprechend den für gewerbliche Fortbildungsschulen durch die allgemeine Verfügung vom 17. Juli 1874 vorgezeichneten Grundsätzen. Es würde hiernach wesentlich darauf ankommen, daß sich die der technischen Ausbildung dienenden

kurze auf der Grundlage einer Volksschule aufzubauen, deren Besuch für alle neu eintretenden Schüler urkundlich wäre und welche die Aufgabe hätte, die Volksbildung der jungen Mädchen zu festigen und zu ergänzen. Die Errichtung einer derartigen Schule wird freilich, soweit die Sache jetzt zu übersehen vermag, vorwiegend der Privatthätigkeit überlassen werden müssen. Sollte es indeß dem Vorstande gelingen, die städtischen Behörden dafür zu gewinnen, so bin ich bereit, B. auch in Erwägung zu nehmen, ob die Bewilligung eines Staatszuschusses für dieselbe würde erfolgen können. Ich bemerke aber schon jetzt, daß derselbe nur zulässig sein würde, wenn der Bestand der Schule auch durch einen Zusatz der Gemeindemittel sichergestellt würde. Falsf." — Der Vorstand des Husfrauen Vereins hat deshalb beschlossen, die geeigneten Schritte zu thun, um beim Magistrat die Errichtung einer solchen Fortbildungsschule zu beantragen.

Breslau, 22 März. In Folge einer Anregung der Stadt Bries ist seitens der hiesigen städtischen Behörden an die Magistrat sämtlicher schlesischer Städte die Einladung erlangen, an einer hier zu veranstaltenden Versammlung von Magistratsmitgliedern, Verwaltern und Mitgliedern der Stadtverordneten, Versammlungen schlesischer Städte teilzunehmen, um eine gemeinsame Petition an beide Häuser des Landtages zu berathen und festzustellen, in denen die Bedürfnisse und Wünsche schlesischer Städte im Bezug auf den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf der neuen Städteordnung klargestellt werden sollen. Wie vermutet, haben fast sämtliche schlesische Städte ihre Zustimmung geäußert und sich bereit erklärt, an den Berathungen über den so außerordentlich wichtigen Entwurf teilzunehmen. Der Magistrat von Breslau trifft demgemäß die für den Städtetag nothwendigen Vorbereitungen. Als Termin der Versammlungen sind die Tage des 6., 7. und 8. April in Aussicht genommen.

Köln, 20. März. Nach einer Mittheilung des „Tablet“ vom 18. d. soll der Erzbischof von Köln in einem am 3. April stattfindenden Konklavium vor Kardinäle wieder erhoben werden.

Petersburg, 21. März [Volkszählung. Auswanderung der krimischen Tataren. Duell.] Ueber

die allgemeine Volkzählung im Jahre 1877, die die Presse schon manigfach beschäftigt hat, schreibt die „Mosk. Btg.“, daß diese Zählung nach neuen, von einer besonderen Kommission beim statistischen Zentralkomité ausgearbeiteten Prinzipien ausgeführt werden soll. Unter der Leitung des statistischen Gouvernementskomitets soll die Zählung in jeder Gouvernements- und Kreisstadt von besonderen Kommissionen vorgenommen werden für die Unlosen der Volkszählung werden 2,000,000 Rbl. angewiesen werden. — In Betreff der Auswanderung der krimischen Tataren, welche in letzter Zeit wieder einen großen Maßstab angenommen hat, schreibt die „Mosk. Btg.“, daß die im Ministerium des Innern unter dem Präsidium des Ministergehilfen Generalleutnant Schidlowski eingesetzte Kommission, deren Aufgabe es ist, Maßregeln zur Beendigung der Auswanderung zu berathen, gegenwärtig mit dem Projekt des Directors des Departements der Exekutiv Polizei Geheimrath Kossagowsky beschäftigt sei. Nach diesem Projekt soll den geflohenen Tataren, um sie zur neuen Ansiedelung auf den früheren Wohnplätzen zu bewegen, Land angewiesen und ihrer geistlichen Verwaltung die nötige Autorität verliehen werden; überhaupt sollen alle Ursachen, die die Auswanderung hervorgerufen haben, beseitigt werden. Ein Hauptmotiv der Tatarenauswanderung soll die äußerst ungenügende lokale Administration gewesen sein. Die Vorschläge des Herrn Kossagowsky haben in der Kommission, wie verlautet, sehr erregte Debatten zur Folge gehabt und bisher noch in keinem endgültigen Einvernehmen der Mitglieder geführt. — Vor kurzem melbten die russischen Blätter, daß es der Polizei gelungen sei, ein in der nächsten Umgebung der Stadt beabsichtigtes Duell zu verhindern. Wie jetzt die „St. P. Btg.“ meint, haben die beiden Gegner es dennoch möglich zu machen gewußt, ihr Duell einige Tage später aufzuführen, wobei einer der Duellanten, ein junger Offizier von einem der hiesigen Garde-Kavallerie-Regimenter tödtlich getroffen sein soll. Sein Gegner war früher Offizier in demselben Regiment. Eine höchst unzarte Neuerung über die Frauen, welche der verabschiedete Offizier in der Frühstückslaune fallen ließ, soll die Veranlassung zu dem Duell gegeben haben. Obwohl eine Neuerung den Frauen im Allgemeinen galt, glaubte der Offizier, daß darin noch eine spezielle Beziehung auf eine ihm nahestehende Dame zu finden sei und wies daher diese Neuerung sehr scharf zurück. Hieraus nahm der frühere Offizier Veranlassung, seinem Gegner am andern Tage eine Herausforderung zum Duell zu schicken, die auch angenommen wurde.

## lokales und Provinzielles.

Gothenburg, 24 March.

— Das Kopernikus-Museum in Rom, welches von polnischer Seite ins Leben gerufen worden ist, wird der "Gazeta Warszawska" zufolge, während der Osterfeiertage eröffnet werden. In dieser Sammlung sollen alle Ausgaben der Werke "unseres Landsmannes" vereinigt werden, schreibt das polnische Blatt, ferner alle Medaillen, die auf ihn geprägt worden sind, alle astronomischen Instrumente, sowie alle Briefe und Autographen." Das italienische Ministerium hat die Bestrebungen der Polen insofern unterstützt, als aus den Staatsbibliotheken alle italienischen Werke, die sich auf Kopernikus beziehen, bereitwilligst hervorab. Die französischen Universitäten ebenfalls alle auf Kopernikus bezüglichen Werke dem Museum zur Verfügung stellen; Fürst Czartoryski, in dessen Besitz sich fünf eigenhändige Briefe des großen Astronomen befinden, wird einen dieser Briefe dem Museum überweisen. — Bekanntlich halten die Polen noch immer mit Zähdigkeit an der Ansicht fest, daß der deutsche Astronom ein polnischer Landsmann gewesen sei.

r. Vom evangelischen Kirchhofe auf der Halbdorfstraße,  
welcher der Kreuzlichen Gemeinde gehört, sind gestern die letzten drei  
an die Straße grenzenden Baupläze verkauft worden, und zwar an  
den Maurermeister Berger zu Sänter für den Gesammpreis von  
36.000 M. Diese Baupläze erstrecken sich von der gegenwärtigen  
Thoreinfahrt bis gegen das Pförtnerbaus hin, bei dem eine neue  
Thoreinfahrt angelegt werden wird. Seit dem Jahre 1836 sind von  
dem Kirchhofe im Ganzen 9 Baupläze abgewandt und verkauft worden:  
3 an den Maurermeister Hesselbein für 6000 Thlr., sodann 3 an den  
Maurermeister Hesselbein und den Zimmermeister Stieber für  
9000 Thlr., und nunmehr 3 an den Maurermeister Berger für  
12.000 Thlr. Von diesen Baupläzen sind wie 6 ersten bereits bebaut.

— **Revision.** Gestern fand auf Anordnung der städtischen Schuldeputation eine eingehende Revision der neu errichteten Gymnasial-Borschule des Oberlehrer Dr. Menzel, Gr. Ritterstr 15, durch den Degernenten für das städtische Schulwesen, den Herrn Stadtrath Dr. Loppe, statt.

staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Berliner Nordend - Gesellschaft. Aus zuverlässiger Quelle geht der "Staatsbürger-Zeitung" die Mitteilung zu, daß in Sachen der famosen Gründung "Berliner Nordend" nunmehr auch der Liquidator der Gesellschaft, Direktor Hugo Götter,



